

Ansprache des Parteivorsitzenden auf dem NPD-Bundesparteitag 2004 30./31. Oktober in Leinefelde

- Arbeit – Familie – Vaterland-

Einleitung

Der Parteitag 2004 steht im Blickpunkt des Wahlerfolgs im Saarland und des Einzugs in den sächsischen Landtag. Die NPD wird in wenigen Tagen 40 Jahre alt. Diese 40 Jahre waren geprägt von harter politischer Arbeit, sowie der Treue tausender alter Mitglieder und Kämpfer für ein besseres Deutschland.

Ich melde der Partei zum heutigen Tag: „Nach 36 Jahren ist es uns gelungen mit gewaltiger gemeinsamer Kraftanstrengung und kluger Bündnispolitik, mit über 9 Prozent in ein Landesparlament einzuziehen. Wir sind wieder da!“

Wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt von „Verdienst“ sprechen kann, dann hat diese Partei und ihre vielen Freunde und Aktivisten, die immer zu ihr gestanden haben diesen großartigen Erfolg für ein besseres Deutschland wirklich verdient!

Nachdem wir Anfang September bei den saarländischen Landtagswahlen aus dem Stand vier Prozent der Stimmen erzielten, durchbrachen wir in den Massenmedien die Schweigespirale. Jedem politischen Beobachter wurde klar, wenn wir schon im Westen fast fünf Prozent erreichen, dann schaffen wir es in Mitteldeutschland sicher in einen Landtag. Mit 9,2 Prozent in Sachsen erzielten wir dann vierzehn Tage später ein Ergebnis, daß uns in Sachsen, mit der Regierungspartei SPD gleichstellt. Fast zehn Prozent der Wähler in Sachsen sind heute der Überzeugung, daß es kein dauerhaftes Schicksal sein muß, arbeits- und hoffnungslos zu sein. Sie haben sich mit Ihrer Stimme für das eigene Volk und gegen eine multikulturelle Gesellschaft entschieden. Sie widersetzten sich den Internationalisten, Globalisten und Lügenbaronen der etablierten Parteien und wählten deutsch.

Sie entschieden sich damit für: **Arbeit – Familie – Vaterland**. Damit für Werte und Begriffe, die den vaterlandslosen Gesellen unter den derzeit noch Herrschenden nichts bedeuten. Damit ist in Deutschland eine politische Wende eingeleitet worden und es scheint möglich, daß es uns gemeinsam mit unserem Bündnispartner der DVU, Unterstützern aus allen nationalen Gruppen, Organisationen und freien Kräften gelingen wird, im Jahre 2006, erstmalig nach dem bitteren Ende des Zweiten Weltkrieges, eine starke nationale Fraktion in den Deutschen Reichstag zu entsenden.

Rückblick und Schlußfolgerungen

Als ich 1996 die Führung der Partei übernahm, tat ich das in dem Bewußtsein, für das nationale Original, die NPD, Teilhabe an der politischen Macht in Deutschland zu erlangen. Viele hatten keine Hoffnung mehr, glaubten nicht mehr daran, daß wir über Wahlen etwas verändern könnten, manche beschimpften mich als „Betonkopf“. Nicht nur harte und wenig erfolgreiche Arbeit lag hinter uns, wir mußten sogar erleben, wie einige Verräter aus der Partei heraus eine neue Partei gründeten. Dieser Versuch, die NPD mit der Deutschen Liga abzuwickeln, scheiterte gründlich. Man hatte offenbar vergessen, daß in der NPD ein neues nationaldemokratisches Bewußtsein herangewachsen war und die Mitglieder politisch gefestigt waren.

Für jeden politisch Wissenden war damals bereits klar, daß die damaligen Mißerfolge der Partei weder am Programm, noch an unseren Vertretern lagen, sondern durch die Wucht und die Folgen der gegnerischen Diffamierungskampagnen erreicht wurden, die weder vor Berufsverbot, persönlichem Eigentum, dem Recht auf Meinungsfreiheit, noch vor der persönlichen Freiheit des Einzelnen halt machten. Jeder, der sich mit Politik beschäftigt, mußte wissen, daß eine Namensänderung alleine nichts bewirken wird. Denn ich habe es auf allen Parteitag wiederholt gesagt, wenn eine Partei mit einem so konsequent deutschem Programm, wie die NPD, an die Öffentlichkeit tritt, wird sie auch genauso bekämpft werden wie die NPD und eine Partei, die sich mit einem Wischi- Waschi-Programm an die C-Parteien annähert und narrenhafte Spiele mit den Wörtern national und patriotisch betreibt, braucht Deutschland nicht.

Deutschland braucht angesichts der Globalisierung und der Überfremdung unseres Landes eine Partei, welche die Ursachen des deutschen Ausverkaufs beim Namen nennt und konsequent die politische Alternative für jeden bietet, der noch Deutscher sein will. Dieser konsequente politische Kurs führte uns bereits 1998 zu einem ersten kleinen Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern. Durch die daraufhin erfolgte Teilhabe an der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien wurde es uns möglich, eine Parteizentrale in der Reichshauptstadt Berlin zu erwerben und mit qualifiziertem Personal zu besetzen. Die Infrastruktur der Partei und des Verlages Deutsche Stimme wurden von uns in den letzten beiden Jahren konsequent ausgebaut.

Heute ist der Verlag mit seinem Gebäude in Riesa einer der größten nationalen Verlage und die Parteizentrale der NPD eine feste Größe in der politischen Landschaft Berlins.

Unser Verhältnis zu den Freien und dem nationalen Widerstand

Durch Aufhebung aller alten Unvereinbarkeitsbeschlüsse bereits 1996 und durch Zusammenarbeit mit jungen Aktivisten des Nationalen Widerstandes gelang es uns zweimal, mehr Menschen in die Nibelungenhalle nach Passau zu bringen, als die dortige Regierungspartei CSU auf ihren traditionellen Kundgebungen zum politischen Aschermittwoch. Immer mehr junge, idealistisch gesonnene Menschen kamen in unsere NPD. Die Repressionen des Staates mit Berufsverboten, Hausdurchsuchungen, Personenüberprüfungen bei Versammlungen usw. wurden wirkungslos durch ein neues Bewußtsein.

Die volksverhetzende Schau des ehemaligen Zigarettenfabrikanten Reemtsma gegen die Ehre des deutschen Soldaten, an dem sein Vater nicht schlecht verdient hatte, brachte viele Tausend nationale Aktivisten aus Protest auf die Straße und dort wurde nicht nach dem Parteibuch gefragt. Angesichts des für alle, durch die diffamierende Schau, wieder deutlich werdenden Opferganges unserer Väter und Großväter, die im Krieg täglich ihr Leben für Familie und Vaterland einsetzten, verpufften die Repressionsmaßnahmen des Systems der BRD wirkungslos.

Was sind denn Berufsverbote, Hausdurchsuchungen und lästige Personenkontrollen im Vergleich zum heldenhaften Kampf unserer Väter und Großväter? Als die etablierten vaterlandslosen Gesellen dann merkten, daß ihre Maßnahmen gegen uns nicht mehr die gewünschte Wirkung erzielten, mußte ein Parteiverbot her.

Unseren damals gefaßter Doppelbeschuß, solange keine Demonstrationen mehr durchzuführen, bis darüber entschieden wurde, ob ein Verbotsantrag gestellt wird oder nicht, dann aber so oder so mit den Demonstrationen fortzufahren, halte ich auch heute für politisch richtig und weise.

Da das System mit dem Versuch scheiterte, daß Versammlungsgesetz zu verschärfen mußten wir während der Debatte über ein mögliches Verbot „Luft rausnehmen“. Dies gebot die Verantwortung für die Gesamtpartei und ihren vielen aktiven Unterstützern. Der Verbotsantrag durfte einfach nicht leichtfertig durch unser Verhalten neue Nahrung finden. Vor Gericht und auf „Hoher See“ befindet man sich in göttlicher Hand und weiß nicht, wie es ausgeht. Warum also nicht ein Ausweichmanöver versuchen?

Als der Antrag dann eingereicht wurde, begannen wir ja auch sofort, mit der Kampagne „Argumente statt Verbote“, wieder Demonstrationen zu organisieren. Dieser Doppelbeschuß führte damals in den Reihen „Freier Kräfte“ zu erheblichen Vorurteilen gegenüber der NPD und wurde diesen auch nie konkret erläutert, da es damals keine richtige Zusammenarbeit gab.

2004 begannen wir, nach vorangegangenen Gesprächen mit Thorsten Heise, Thomas Wulff und Ralph Tegethoff, eine neue Art der Zusammenarbeit mit den „Freien“. Der 1. Mai dieses Jahres zeigte dann, daß man ohne Bevormundung oder Vereinnahmung, gemeinsam eine Großveranstaltungen planen und durchführen konnte. Es folgten dann Unterstützungen der NPD durch „Freie Kräfte“ bei der Europawahl und den Landtagswahlen, wie schon zuvor bei den Unterschriftensammlungen. Die konstruktiver werdende Zusammenarbeit gipfelte schließlich in der Erklärung des Präsidiums, welche Sie alle aus der Deutschen Stimme kennen und in einer Erklärung „Freier Kräfte“, die Sie mit der Delegiertenmappe erhalten haben.

In unseren beiden Erklärungen wurde wert darauf gelegt, daß man keine gegenseitige Übernahme plant, sondern sich als Bestandteil des gemeinsamen Widerstands sieht. Die dann erfolgten Eintritte von drei bereits genannten führenden Vertretern des nationalen Widerstands, mit denen uns bereits eine jahrelange konstruktive Arbeit verband, symbolisieren, daß die Zeit des Gegeneinanders vorbei ist. Sollten Sie mich heute wieder zum Parteivorsitzenden wählen, werde ich aus dem Kreis der neuen Kameraden zur Wahl Vorschläge für den Parteivorstand machen, damit ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer **nationalen Volksfront** geschaffen wird!

Das geplante Parteiverbot zur Ausschaltung der nationalen Opposition

Nach einer monatelangen Diffamierungskampagne war es dann 2001 so weit. Die wind-schiefen Gründe, die im Sommer 2000 zur Verbotsdebatte führten, hatten sich schon längst als falsche Verdächtigungen und bloße Verleumdungen herausgestellt, doch, so stellte das Nachrichtenmagazin „Focus“ fest, habe Paul Spiegel den zögernden Bundesinnenminister Schily in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 2000 überredet ein Verbotsverfahren gegen die NPD durchzuführen.

Eigentlich hätten sich die Herrschenden bei der NPD entschuldigen müssen, doch die Einflüsterungen des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland müssen für die Herrschenden beeindruckender gewesen sein, als die bestehende Rechtslage.

In der Nacht zum 30. Januar fuhr dann ein Polizeitransporter mit vielen Pappkartons nach Karlsruhe. Gegen 23:35 Uhr wurde der Verbotsantrag der Bundesregierung beim Pförtner des Bundesverfassungsgerichtes abgegeben. Man wolle an dem historischen Datum der Machtergreifung, dem 30. Januar 1933, ein Zeichen setzen, konnte man dann aus regierungsamtlichen Kreisen der Presse entnehmen.

Verbote sind immer das letzte Mittel eines untergehenden Systems zur eigenen Machtsicherung. Parteiverbote haben noch nie den gewünschten Erfolg gehabt.

Die NSDAP und die SPD wurden in Folge der historischen Ereignisse nach ihrem Verbot sogar Regierungsparteien.

Die SPD gleich mehrfach. Sie wurde 1878 mit den Sozialistengesetzen verboten, 1912 war sie die stärkste Partei im Reichstag und ihre Fraktion konnte sich erlauben, sitzen zu bleiben, als der Deutsche Kaiser den Reichstag betrat, 1918 saß sie dann auf der Regierungsbank und nach dem SPD-Verbot 1933 kam sie 1945 aus den Konzentrationslagern gleich an die Schalthebel der Macht und regiert uns heute mehr schlecht als recht. Doch streben wir nicht danach, in die Reihe verbotener Parteien aufgenommen zu werden und waren durch unsere Verteidigung, die Anwälte Dr. Hans Günter Eisenecker und Horst Mahler, auf das Verfahren gut vorbereitet und vertreten.

Am 18. März 2003 wurden dann davon auch Herr Schily, Paul Spiegel und der Rest der Herrschenden des BRD-Systems überzeugt: Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes stellten das Verbotsverfahren wegen nicht behebbarer rechtsstaatlicher Mängel ein!

Nachlese und Darstellung wirklicher Verbotgründe

Heute, nachdem die Herrschenden durch Hartz-IV Armut per Gesetz verordnen, um ihren Globalisierungswahn weiterbetreiben zu können, wird mir klar, warum die NPD durch ein Verbot von der politischen Willensbildung ausgeschlossen werden sollte.

Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam wurden uns Deutschen grundlegende und unverzichtbare staatliche Souveränitätsrechte genommen, ohne die der deutsche Staat seine Schutzfunktion für Land und Volk nicht wahrnehmen kann:

- Das Recht auf Sicherung der nationalen Grenzen.
- Die Währungshoheit.
- Das Recht auf eine freie volks-, kultur- und landschaftsgemäße Gestaltung der nationalen Siedlungsgebiete und des bislang geschützten Wirtschaftsraumes.
- Das Recht auf die Sicherung bedrohter Wirtschaftszweige und Berufsgruppen durch staatliche Struktur- und Fördermaßnahmen.
- Das Recht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch differenzierte wirtschaftspolitische Maßnahmen im eigenen Land, die über Arbeitslosenunterstützung und reine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinausgehen.
- Das Recht auf die Sicherung existenziell wichtiger nationaler Infrastrukturbereiche (z.B. des Post- und Fernmeldewesens, der Straßen-, Schienen- und Wasserwege, der Energieversorgung, der Trink- und Abwasserwirtschaft).
- Das Recht auf den Schutz zur Volksgesundheit durch den Erlaß von Verbraucherschutzverordnungen und Einfuhrbeschränkungen.

Diese Verträge sind heute die Ursache des Arbeitsplatzverlustes durch Globalisierung.

Zum vollen Finanzchaos mußte es zudem am 1. Mai 2004 mit dem Beitritt weiterer zehn Staaten in die EU, der EU-Osterweiterung kommen. Den herrschenden BRD-Politikern war längst klar, daß dies alles Millionen Deutsche den Arbeitsplatz kosten wird.

Gleichzeitig wissen Sie, daß dadurch die Steuerausfälle größer werden.

Das Ergebnis dieser Negativentwicklung durch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der Konzerne und des Kapitals läßt sich in volkswirtschaftlichen Zahlen eindrucksvoll beschreiben: **Von 1960 bis 2000 sank in (West-) Deutschland der Anteil der Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen von 20 Prozent auf 6,7 Prozent. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter von 6,3 auf 19,4 Prozent.**

Machten 1983 die Einnahmen aus Körperschafts- und Einkommenssteuer noch 14 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus, so waren dies im Jahr 2002 nur noch 2,3 Prozent.

Jedermann weiß nun, daß die BRD-Regierung einen neuen Weg fand, die Steuereinnahmen zur Finanzierung ihrer Irrsinnspläne aufzutreiben. Es geht in Richtung Mehrbelastung des „Kleinen Mannes“ und der Ärmsten der Armen bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastungspolitik für das Großkapital.

Das Gesetzespaket ist unter dem Namen Agenda 2010 bekannt geworden.

Zielgerichtet wollten sie bis zu diesem Zeitpunkt, an dem die Bürger merken, wie sie verschaukelt werden, die NPD als mögliche politische Alternative ausschalten.

Denn: Die einzige Partei in Deutschland, die sich massiv gegen die Globalisierung wendet und eine multikulturelle Gesellschaft ablehnt, sollte als einzige wirkliche Oppositionspartei durch Verbot aus dem Rennen genommen werden, damit diese Herrschaften ungehindert mit der geplanten Ausbeutung des Deutschen Volkes und der europäischen Nachbarvölker fortfahren können.

Wir sind eine Partei aus dem Volk, für das Volk!

Und wenn wir von unserem Volk sprechen, dann reden wir nicht von der Wohnbevölkerung der BRD, sondern vom Deutschen Volk. Diesem fühlen wir uns verpflichtet und wir sagen und fordern das, was sich viele, durch das System eingeschüchterte deutsche Menschen, nicht mehr zu sagen trauen:

**Wir sind Deutsche und stolz darauf - Wir lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab
- Wir wollen ein Deutschland der Deutschen -**

Auch darum der Verbotsantrag: Wir stören die Umgestalter unseres Volkes, die aus Deutschland einen Vielvölkerstaat machen wollen, die uns folgerichtig die eigene Identität und den Stolz auf die großen Leistungen unserer Väter und Vorväter zu nehmen versuchen und unseren Kindern die Liebe zum Vaterland, zum Volk, zur Familie und zur Heimat aberziehen.

Diese vaterlandslosen Gesellen, ohne eigene Verwurzelung, angetrieben von der Gewinn-sucht des schnöden Mammons zerstören planmäßig unser Volk, nehmen uns unser Land und wissen, daß sie ihr zerstörerisches Werk nicht beenden können, wenn es weiterhin eine NPD gibt, die den nationalen Widerstand mitorganisiert.

Nun begreifen sie, das es nicht so einfach ist, **denn wir sind wieder da und viel stärker als vor dem Versuch uns zu verbieten!**

Das strategische Konzept der NPD

Unbeirrbar hielten wir an unserem Strategischen Konzept, des „Kampfes um die Straße“, des „Kampfes um die Parlamente“ und des „Kampfes um die Köpfe“ fest und werden auch in der Zukunft stetig alle drei Säulen dieses Konzeptes gleichrangig bedienen und künftig um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“ erweitern müssen.

Der nationaldemokratische Kampf um die Köpfe

Ausgangslage

Deutschland ist für uns seit 1945 ein besetztes Land, geführt von einer Clique mehr oder weniger korrupter Politiker, die hier und da sogar Kollaboration mit den alliierten Kriegsgewinnlern trieben. Unterwerfungsklauseln und Souveränitätseinschränkungen im Grundgesetz, Sonderverträge wie Truppenstatut, Finanzabkommen, Überleitungsvertrag und dem 2+4 Abkommen, Verlust der Währungshoheit und Wegfall der Grenzen stehen einer deutschen Souveränität entgegen.

(Hinweis: siehe Alliierte Anweisung zur Re-Education).

Die NPD ist die politisch nationale Kraft in Deutschland, die sich unter einer Fremdherrschaft organisiert. Dem zu führenden „Kampf um die Köpfe“ kommt somit künftig eine elementare Bedeutung im deutschen Freiheitskampf zu. Die „Köpfe“, die es zu gewinnen gilt, müssen im wesentlichen noch vom Denken unserer Feinde befreit werden.

Die NPD hatte in der Gründerzeit große „Köpfe“, wenn ich an Professor von Grünberg, den letzten Rektor der Universität Königsberg denke, an Professor Anrich, Professor Oberth, den „Vater der Rakete und Weltraumfahrt“, Dr. Linus Kather, 1. Präsident des Bundes der Vertriebenen und stellvertretender Kanzler unter Adenauer, den ersten Ministerpräsidenten des Saarlandes Dr. Hubert Ney, der mit der Volksabstimmung 1955 das Saarland in das „Rest-Deutschland“ überführte. Emil Meier-Dorn, Karl-Heinz Vorsatz, Otto Heß, Adolf von Thadden sind weitere „Köpfe“, die sich untrennbar mit dem Namen unserer Partei verbinden.

Wer oder was sind „Köpfe“?

Der politische Kampf kann nur gemeinsam von Kopf- und Tatmenschen erfolgreich geführt werden. Intellektuelle, Volkstribunen, Organisatoren und Marschierer müssen zusammen wirken. Keiner kann ohne die anderen was ausrichten. Denn das Wort verhallt ungehört, wenn es sich nicht an die Spitze der Massen stellt. Die Massen werden aber zerstäuben und sich verflüchtigen, wenn ihnen nicht das Wort voranmaschiert.

Unsere rund 1200jährige deutsche Geschichte ist voll von Lichtgestalten, welche meist in düsteren Zeit aus dem Volk hervortraten, um der Zukunft eine positive Wende zu geben, wie z.B. auf politischer Ebene Friedrich Wilhelm von Hohenzollern (16.2.1620 – 9.5.1688), der spätere Große Kurfürst. Für das Gelingen der preußischen Staatsbildung spielte eine entscheidende Rolle, daß Friedrich Wilhelm von 1640 bis 1688 fast ein halbes Jahrhundert regieren sollte und nachfolgend zwei überragende Persönlichkeiten auftraten: Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, und Friedrich der Große.

Diesen Persönlichkeiten gelang es dann weitere „Köpfe“, wie Stein und Hardenberg, Gneisenau und Scharnhorst für die Idee Preußens zu gewinnen.

So wird sich der preußische Staat trotz aller Anfechtungen von außen in einer 150 jährigen Kontinuität entwickeln und behaupten können. Das ist eine zeitliche Gnade, die von der Geschichte nur selten gewährt wird.

Derzeit ist es wieder Nacht geworden über Deutschland und somit steigen die Chancen, daß sich wieder neue Lichtgestalten finden, welche die Geschicke unseres Volkes leiten werden.

Jeder von uns merkt, daß Veränderung angesagt ist. In den täglichen Nachrichten überschlagen sich die Hiobsbotschaften: „Siemens verlagert Produktion nach Ungarn“ – „Opel schließt ganze Produktionszweige in Deutschland“ - „Alleine in Bochum gehen über Nacht 3000 Arbeitsplätze verloren“ Die Deutschen beginnen den Preis für die Globalisierungspolitik zu bezahlen und wachen langsam auf.

Seit gut zwei Jahren ist ein Hinweis Bestandteil meiner Reden: *„Wir leben in einem Zeitalter der Veränderungen. In fünf bis zehn Jahren wird in diesem Land nichts mehr so sein, wie wir es kennen. Wir stehen wirtschafts- und gesellschaftspolitisch am Beginn einer neuen Zeitrechnung der BRD und diese wird zugleich deren Ende und der Anfang eines neuen Deutschlands sein!“*

Ich habe mir allerdings kaum vorstellen können, wie schnell es dann in der Wirklichkeit des liberalkapitalistischen Systems der BRD knüppeldick kommen sollte und heute ist diese Veränderung bereits für jeden Bürger spürbar. Überraschend hört man vermehrt unsere bislang als „rechtsradikal“ oder „ewig gestrig“ diffamierten Positionen aus bislang etablierten Kreisen und ich glaube fest daran, daß unsere Stunde nun bald kommen wird!

Doch dazu braucht es neue Eliten, um als „Köpfe“ eine glaubhafte Alternative darzustellen.

Aktuell ergeben sich bislang kaum vorstellbare Veränderungen selbst in der derzeitigen alten BRD-Elite:

In dem renommierten Magazin „Wirtschaftswoche“ erscheint Mitte November 2002 eine Titelseite mit dem Aufmacher: „Die Deutschen. Ein Nachruf,“ – Im Innenteil liest man: *„Das Wesen einer Nation ist dadurch gekennzeichnet, daß eine Gemeinschaft den Eindruck hat, in der Vergangenheit große Dinge getan zu haben und entschlossen ist, auch in Zukunft Großes zu leisten.....“* Wenige Zeilen später: *„Identität lebt von Herkunft. Und Herkunft bedeutet Geschichte. Die Deutschen aber sind ein geschichtsloses Volk geworden....“*

Daß der dortige Rückschluß vom vermeintlichen Ende der Deutschen aber grundfalsch ist, zeigt nun das Umdenken (oder Erwachen) der BRD-Elite oder derer, die sich dafür halten: Oskar Lafontaine spricht vom „Waterloo des Neoliberalismus“, kommt 1994 nach einer USA-Reise zu der Erkenntnis, daß er nun weiß, daß die Bundesrepublik ganz sicher nicht von der Bundesregierung geführt wird. Wo blieben da die Nachfragen in der Presse? Eigentlich hätte man dies doch thematisieren müssen und ihn öffentlich fragen, von wem denn seiner Meinung nach Deutschland geführt wird. Doch dies wird peinlich vermieden. Warum wohl?

Kanzler Schröder spricht von der Vision eines „Deutschen Weges“, verlangt mehr Patriotismus von deutschen Unternehmern und erklärte vor wenigen Wochen die Nachkriegszeit für beendet. Nicht klar wurde dabei allerdings, ob die BRD nun auch die Wiedergutmachungszahlungen damit einstellt. Selbst wenn solche Erklärungen derzeit noch reine Phrasen sind, so gehen sie doch in die Richtung, die das Volk will und erleichtern uns künftig einmal mehr die etablierten Lügenbarone vorzuführen.

Fritjof Meyer, Leitender Redakteur beim „Spiegel“ stellt das „4-Millionen-Auschwitz-Dogma“ in Frage und Günter Grass spricht davon, daß es an der Zeit wäre, die Deutschen nicht länger nur als „Täter“, sondern auch als „Opfer“ zu sehen!

Der bekannte Historiker Arnulf Baring schrieb 2002 vorausschauend in einem Artikel in der FAZ: *„Die Situation ist reif für einen Aufstand gegen das erstarrte Parteiensystem. Ein massenhafter Steuerboykott, passiver und aktiver Widerstand, empörter Revolten liegen in der Luft. Bürger, auf die Barrikaden! Wir dürfen nicht zulassen, daß alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen. Alle Deutschen sollten unsere Leipziger Landsleute als Vorbilder entdecken, sich von ihrer Parole des Herbstes vor dreizehn Jahren zu eigen machen: Wir sind das Volk!“* - Wer erinnert sich bei diesen Worten nicht an die großen Montagsdemonstrationen, welche das System der DDR zum Einsturz brachten. Wer nicht an die jüngsten Bilder mit Großdemonstrationen und Plünderungen von Supermärkten in Argentinien, als das dortige Währungssystem seinen Bankrott erklärte?

Die Zeichen stehen nun auch bei uns auf Sturm und wir werden mitten drin sein! Nun heißt es, zusammenzustehen, Trennendes zu überwinden und gemeinsam die Probleme der Zukunft in die richtige Richtung zu steuern. Wer außer uns national gesinnten Deutschen könnte in solchen Zeiten nicht nur bestehen, sondern dem Volk eine neue Zukunft weisen? Die Wähler in Sachsen und Brandenburg haben das längst überfällige Zeichen gesetzt und gezeigt, daß die Zeit in Deutschland jetzt reif ist, für revolutionäre Veränderungen.

Jüngste Erfahrungen zeigen aber, daß der „Kampf um die Köpfe“ nicht so einfach ist, bislang verliefen der „Kampf um die Straße“ und „der Kampf um die Parlamente“ erfolgreicher, ich bin aber nun überzeugt, daß wir schon bald auf die Unterstützung wirklicher Eliten unseres Landes zählen können, wenn es gelingt, Denkschablonen zu überwinden und die bislang erfolgreiche Abstrafung durch Maßnahmen der *PC (political correctness)* zu unterlaufen.

Das Drei-Säulen-Modell, sollte künftig um eine vierte Säule ergänzt werden und zielt auf mehrere, meist fließende Übergänge:

Der Kampf um die Köpfe

- Der gerade erläuterte „Kampf um die Köpfe“ wirkt sich in letzter Konsequenz auf jeder Ebene aus. Er führt beispielsweise dazu, daß Personen, denen die NPD bisher egal ist, eine gewisse Sympathie für die Ziele der NPD empfinden, wenn sie erst mit diesen vertraut gemacht werden. Wir haben in den letzten beiden Jahren bewußt verstärkt eine Personalisierung der Partei betrieben. Die Erkenntnis, daß Bürger keine drei Buchstaben oder bloße Programme wählen, sondern wissen wollen, wer dahinter steht, hat uns verstärkt mit eigenen „Köpfen“ auf Plakaten werben lassen. Dies versetzt Personen, welche die NPD wählen und unterstützen in die Lage, in ihrem Umfeld mit „Köpfen“, d.h. Repräsentanten besser Werbung für die Ziele der NPD zu machen. Daß dieser Weg richtig ist, beweisen die Diffamierungskampagnen der Medien nach den jüngsten Wahlerfolgen, die darauf abzielen, die von uns präsentierten „Köpfe“ negativ darzustellen. Da sie hier kaum Anhaltspunkte finden, werden aus der Klamottenkiste 10 bis 20 Jahre alte Aufnahmen von Aktivisten des nationalen Widerstands herbeigezaubert und diese wie selbstverständlich als NPD-Führungskader vorgeführt. Diese Methoden der Medienmafia sind besonders perfide, zeigen aber auch, daß sie vielfach immer noch zu feige sind, sich öffentlich mit unseren Forderungen auseinanderzusetzen und kein wirkliches Hetz-Material mehr über die NPD haben, sondern konstruieren müssen.

Der Kampf um die Straße

- Der Kampf um die Straße führt u.a. gerade bei Jugendlichen dazu, sich wegen ihrer öffentlichen Aktivitäten an die NPD zu binden, sorgt aber auch im Rahmen des Kampfes um die Köpfe dafür, unsere Positionen zu verbreiten und vielfach die „Schweigespirale“ zu durchbrechen! Er wird sicher auch weiterhin richtig und notwendig sein. Allerdings sollten wir hierbei auf Minidemonstrationen weitestgehend verzichten, bei denen der Gegner seine Überzahl allzu deutlich demonstrieren kann. Es ist sicherlich gut in einer kleinen Gemeinde oder Kleinstadt zu einem aktuellen Thema (Montagsdemo, Betriebsschließung, Kindermord usw.) eine Demonstration mit 100-250 Teilnehmern durchzuführen, doch wirkt diese Teilnehmerzahl in einer deutschen Großstadt eher lächerlich. Wir müssen bei künftigen Demonstrationen den Grundsatz berücksichtigen, daß manchmal lieber **weniger** und dafür seltener aber qualitativ **besser** mehr für die gemeinsame Sache bringt.

Der Kampf um die Parlamente

- Im Kampf um die Parlamente geht es schließlich darum, so viele Menschen wie möglich, zu bewegen, die NPD zu wählen, wobei mit entsprechender Wahlkampfführung wiederum alle Ebenen einbezogen werden. Unsere bisherigen Möglichkeiten erlaubten jedoch nur einen Erfolg bei Konzentration der Kräfte auf kommunaler Ebene, welche zudem durch bekannte Personen vor Ort verstärkt werden. Das Wahlergebnis zur Europawahl versetzte uns erstmalig in die Lage, die notwendigen finanziellen Mittel zu beschaffen, um unsere Wahlkampfverfahren und Erkenntnisse auf Landesebene wirksam einsetzen zu können. Jetzt werden wir gemeinsam mit dem Bündnispartner DVU die Landtage erobern um dann 2006 gemeinsam in den Reichstag einzuziehen. Der erfolgreich eingeschlagene Weg wird unter meiner Führung fortgesetzt werden.

Der Kampf um den organisierten Willen

- Der „Kampf um den organisierten Willen“ gipfelt in der Erkenntnis, daß organisierter Wille Macht bedeutet. Mit dem „Leipziger Appell“ begannen wir bereits kurz nach dem Ende des Verbotsverfahrens den Versuch der Konzentration möglichst aller nationalen Kräfte. Das gute Abschneiden zur Europawahl ermöglichte, daß die Kontakte mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volksunion, Dr. Gerhard Frey intensiviert wurden. Das Ergebnis war dann die Wahlabsprache der NPD mit der DVU zugunsten der DVU in Brandenburg und zugunsten der NPD in Sachsen. Eine zwölköpfige NPD-Fraktion in Sachsen und eine sechsköpfige DVU-Fraktion in Brandenburg sind hoffentlich nur der Anfang! Erfreulicherweise erfährt der „Kampf um den organisierten Willen“ bereits nachhaltige Unterstützung aus den Reihen der Deutschen Partei, der Freien und ehemaliger Mitglieder der Republikaner. Wir hoffen, daß die Republikaner nach ihrem Bundesparteitag im November unsere ausgestreckte Hand nicht länger zurückschlagen werden. Schließlich geht es um mehr als Geld und Posten. Es geht um Volk und Vaterland.

Kritische Lagebeurteilung derzeitiger Möglichkeiten der Partei

Zur langfristigen Erlangung von Machtpositionen ist ein weiterer Ausbau der Strukturen erforderlich. Das Bildungszentrum in Berlin ist unverzüglich fertigzustellen und die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften der NPD muß nach der Landtagswahl im Februar 2005 in Schleswig Holstein aufgenommen werden. Gegenwärtig ist zu beobachten, zumindest bei Zugrundelegung der Erfahrungen im Saarland und in Sachsen, daß wir bald größeren Zulauf erhalten, und wir zur Integration dieser Menschen unsere Strukturen erweitern müssen.

Daß heißt: ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit wird auf den Ausbau der Führungskapazitäten zur Integration liegen. Es gilt die Arbeit der Basis so anzuleiten und zu kontrollieren, daß bei dieser ein Lernprozeß eingeleitet wird und die Effekte einer Kampagne, z.B. Interessentenmeldungen, optimal ausgenutzt werden.

Erst wenn auf der unteren Führungsebene verbreiterte politische Qualifikationen, Bündniswille und Bündnisfähigkeit vorhanden sind, lassen sich neue interessante Zielgruppen erschließen, weil die erforderliche Kompetenz ausgestrahlt wird.

Sicher werden selbst die bislang als BRD-Eliten gehandelten „Köpfe“, die nun anfangen Denkblockaden und Tabus zu durchbrechen, nicht da stehen bleiben, wo sie bis jetzt angekommen sind. Geist kann man nicht einfangen oder fesseln. Diese Erfahrung werden auch die Produzenten und Überwacher der *PC* (*political correctness*) machen.

Die Wortergreifungsstrategie im nationalen Befreiungskampf

Eine weitere Bedeutung wird hier der „Wortergreifungsstrategie“ zukommen. „Köpfe“ müssen hier mit „Köpfen“ konfrontiert und zu neuen Denkanstößen gebracht werden.

Geben wir uns einen Ruck. Gehen wir auf die anderen zu, machen wir ihnen klar, daß wir nicht mehr und nicht weniger als eine Volksgemeinschaft anstreben. Drängen wir ihnen unsere Gedanken auf, ja zwingen wir sie dazu, sich mit uns, unseren Forderungen und Zielsetzungen zu beschäftigen. Bei den „Köpfen“, die nicht länger bereit sind, ihre eigene Entwicklung und Erfahrung den Erfordernissen einer „PC“ anzupassen, werden wir offene Türen einrennen.

Verstehen wir die altbekannte Aussage: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ und deuten wir sie in „Der Feind meines Freundes könnte unser künftiger politischer Weggefährte werden“. Wenn wir dies nicht verstehen wollen, noch nicht einmal anstreben und dann konsequenter Weise auch schaffen, werden wir die Volksgemeinschaft weder erlangen, noch einen gemeinsamen Willen organisieren können.

Sorgen wir dafür, daß die beginnenden Tabubrüche Möllemanns, Schröders, Fridjof Meyers, Hohmanns, Günzels, Grass*s usw. zum steten Tropfen werden, der auch harte Steine zu höhlen vermag.

Integration „Nationaler Sozialisten“?

Zu meiner Überraschung wurde ich vielfach von der Presse gefragt, ob die NPD dann auch „Nationalsozialisten“ integrieren will? Überrascht war ich von der Frage deshalb, weil ich die Integration früherer Nationalsozialisten bereits als abgeschlossen betrachtete, da diese zu Hunderttausenden in der CDU/CSU, SPD und FDP nach dem Krieg integriert wurden.

Auf meine Intervention hin wurde dann die Frage auf den undefinierbaren Personenkreis der „Neo-Nazis“ beschränkt. Offensichtlich war es den Pressevertretern unangenehm Namenslatten von hohen NS-Funktionären präsentiert zu bekommen, denen man durch Parteibuchwechsel hin zu einer etablierten Partei Absolution erteilt hatte.

Nun muß also wieder in der Propagandaküche der Medien konstruiert werden. Ich sehe mich heute außerstande hier vorzutragen, wie oft ich oder die NPD in den letzten 30 Jahren als „neonazistisch“ diffamiert worden ist. Die Propagandamaschine jedoch versucht dies nun als was ganz besonders Entsetzliches hinzustellen. „Neo-Nazis“ kommen nun zur NPD, die man gestern noch „Neo-Nazi-Partei“ schimpfte?

Die nationale Frage und die soziale Frage sind untrennbar miteinander verbunden, bedingen demzufolge. Wir lassen es nicht zu, daß jeder der sich als „Nationaler Sozialist“ be- greift als „Neo-Nazi“ diffamiert wird.

So versucht man Wähler zu beeinflussen. Allerdings nicht nur Wähler. Die NPD soll auch bei der Organisation des gemeinsamen Willens von nationalliberalen und nationalkonservativen Kräften in ihrer Bündnispolitik beschädigt werden. In den Propagandaabteilungen der Systemmedien glaubt man nun, verhindern zu müssen, daß die Kräfte, die während des Verbotsverfahrens schon auf Distanz zur NPD gingen, nun etwa zur NPD kommen.

Gleichzeitig will man das derzeit erfolgreiche Bündnis mit der DVU und ihrem Vorsitzenden Dr. Frey auseinandersprengen, einen Keil zwischen die bereits erfolgreiche Zusammenarbeit treiben. So wird man sicher bald versuchen, das frühere Gegeneinander erneut in die Debatte zu werfen um durch sinnlose Diskussionen den Blick für die Zukunft zu verstellen. Zudem wird man verstärkt die NPD-Mitglieder und Funktionäre als unbelehrbare, unverbesserliche und rückwärtsgewandte „Neo-Nazis“ darstellen, mit denen „seriöse“ Patrioten nicht zusammenarbeiten können. Die Methode und das Ziel sind uns also klar und sie erwarten hier zu recht einige deutliche Worte des Parteivorsitzenden:

Sicher besteht diese Gefahr dann, wenn die NPD sich diese „Neo-Nazi-Diskussion“ aufzwingen läßt und ausgrenzen oder abgrenzen würde. Wir wollen aber eine Volksfront, um dereinst eine nationale Volksgemeinschaft zu schaffen. Wir werden nun nicht damit beginnen, einzelne deutsche Landsleute deshalb auszugrenzen, weil die einen ihnen vorwerfen, einen bürgerlichen Anzug zu tragen oder die Argumente der uns feindlich gesonnenen Medien verstärken, indem sie unreflektiert deren „Glatzenvorwürfe“ übernehmen und so wieder einmal diejenigen in zwei Lager teilen, die noch deutsch fühlen. Diese Methode haben wir längst durchschaut!

Junge Menschen, die durch Ihr Äußeres der „Skinheadszene“ zugerechnet werden, sollen so aus der Gemeinschaft der „Anständigen“ ausgegrenzt und unter Generalverdacht gestellt werden, besonders brutal und gewalttätig zu sein. Dahinter steckt eine schändliche Herrschaftstechnik: In Ermangelung äußerer Feinde wird zur Bändigung der vom System produzierten kaputten BRD-Gesellschaft ein innerer Feind vorgetäuscht. Dieses „Schreckenspotential“ kann beliebig über die Medien in die Köpfe der Bürger transportiert werden, um politische Gegner aus dem Lager derer, die noch deutsch sein wollen, zu erledigen. Verantwortlich für die kaputte BRD-Gesellschaft und deren Auswüchse ist aber nicht die NPD, sondern sind die etablierten Herrschaftskreise.

Wir hingegen sind davon überzeugt, daß sich bei vielen dieser jugendlichen bekennenden Deutschen, die durch Äußerlichkeiten zum Ausdruck kommende Protesthaltung, im Verlauf der weiteren Persönlichkeitsentwicklung in die Bereitschaft zu sinnvollem politischen Einsatz für das Gemeinwesen verwandeln läßt, wenn wir auf diese Jugendlichen zugehen, statt sie auszugrenzen. Das ist kein Freibrief für unverbesserliche Uniformfeti-

schisten, die Vergangenes restaurieren wollen. Wir wollen keine Restauration sondern eine nationale Erneuerung. Ich denke aber, daß dies verstanden wurde.

Wenn ich mir die letzten Großdemonstrationen oder auch Großveranstaltungen wie unser Pressefest ansehe, dann bemerke ich ein deutlich besser werdendes Erscheinungsbild und sehe zugleich immer mehr Mitdemonstranten und Veranstaltungsbesucher aus dem bürgerlich-nationalen Lager. Dies beweist wohl, daß der Ausgrenzungsmechanismus der Systemmedien immer weniger funktioniert und der bewußt manipulierte Gegensatz in dem Maße verschwindet, wie beide Gruppen dessen Ursprung erkennen und durch verändertes Verhalten auf einander zugehen.

Die derzeitige Diffamierungskampagne gegen die NPD

Ich halte es für zwingend, abschließend noch einige Begriffsklärungen vorzunehmen. Da wir uns derzeit inmitten einer Diffamierungskampagne der Systemmedien befinden, will ich hier verdeutlichen, wie wir zu verstehen sind.

Was bedeutet für uns „Nationale Revolution“

Wenn wir von einer „Nationalen Revolution“ sprechen, dann ist das zunächst einmal ein revolutionär verändertes Wahlverhalten der Deutschen, die man bislang für erfolgreich „umerzogen“ gehalten hat. Darüber hinaus bedeutet es, daß die Deutschen wieder zu ihrer eigenen Identität finden können und es möglich wird, eine Politik für das eigene Volk zu betreiben, statt Erfüllungsgehilfe der Wirtschaftsinteressen von Großkonzernen zu sein. Wenn die Deutschen die Denkbloken der *PC (political correctness)* überwinden und dies durch ein revolutionär verändertes Wahlverhalten – durch Absage an die etablierten inländerfeindlichen Parteien – zum Ausdruck bringen, hat die nationale Revolution begonnen.

:

Sind Nationaldemokraten antisemitisch?

Auch diese Behauptung ist immer wiederkehrender Teil der Diffamierungskampagne gegen Deutsche, die noch Deutsche sein wollen. Jede Kritik eines Juden, der Politik einer jüdischen Organisation oder gar des jüdischen Staates wird als „antisemitisch“ diffamiert.

Eine kritische Einstellung gegenüber organisierten „Berufsjuden“, welche sich immer wieder in einer „auserwählten“ Sonderrolle sehen, ist normal und legitim. Bürger aber, die sie wegen dieser selbsternannten „auserwählten“ Sonderrolle kritisieren, sie als Gleiche unter Gleichen betrachten und behandeln, werden als Antisemiten diffamiert.

Wenn wir die Herrn Paul Spiegel oder Michael Friedmann nicht mögen, dann liegt das nicht daran, daß sie Juden sind, sondern weil Sie sich stetig dazu berufen fühlen, uns Nationaldemokraten zu diffamieren, statt sich mit uns politisch auseinanderzusetzen.

Ist die Forderung nach Systemüberwindung staatsfeindlich?

Nein. Die NPD anerkennt das Gewaltmonopol des Staates. Sie steht auf dem Boden des Grundgesetzes. Weil wir aber das ganze Grundgesetz verinnerlicht haben, wissen wir auch um dessen Vorläufigkeit. Wir kennen auch den Artikel 146 und damit dessen von den Vätern der vorläufigen Verfassung bewußt festgelegtes Ende. Wir wollen genau den darin bestimmten Zustand herbeiführen, wo sich das „Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine eigene Verfassung geben wird!“ Wer von den etablierten Politikern den Vorläufigkeitscharakter des Grundgesetzes und des dadurch geschaffenen BRD-Systems leugnet,

macht sich dadurch zum „Staatsfeind“ und nicht wir! Kein ernsthafter Politiker oder Politikwissenschaftler wird dem liberalkapitalistischen System der BRD eine Ewigkeitsbestandsgarantie geben. Dessen Abwicklung entsprechend der Vorgabe des Artikels 146 im Grundgesetz zu fordern, ist also legitim.

Die gegenwärtige parlamentarische Demokratie ist paradox. Sie ist durch den direkten Einfluß der Legislative auf die anderen Gewalten nicht gewaltenteilig und faktisch immer eine Oligarchie. Demokratie bedingt aber nach Montesquieu Gewaltenteilung. Die NPD will eine wirklich gewaltenteilige Demokratie mit direkter Mitbestimmung des Volkes durch Volksabstimmungen. Das Parlament hingegen muß sich auf seine eigentliche Aufgabe der Gesetzgebung und Kontrolle der anderen Gewalten beschränken.

Die Politikverdrossenheit im deutschen Volk wird immer stärker, weil diese sich nicht mehr durch die Abgeordneten vertreten fühlen. **„Die da oben machen ja doch, was sie wollen“** ist eine weitverbreitete Grundeinstellung und resultiert aus einer Politik, die ständig gegen die Mehrheitsmeinung des Volkes betrieben wird, wie die Einfuhr des Euro, die EU-Osterweiterung, dem Asylunwesen, die Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen der USA im Ausland usw....Auch der längst versprochene Beitritt der Türkei zur EU wird wohl wieder einmal gegen den Mehrheitswillen des Volkes erfolgen. Man kann den derzeitigen Zustand der Bevormundung des Volkes begrüßen oder wie wir danach streben, diesen zu überwinden.

Die NPD ist nicht ausländerfeindlich, weil sie inländerfreundlich ist!

Der immer wieder erhobene Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ist Unsinn und Teil der groß angelegten Diffamierungskampagne. Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft, lehnen die Integration von Ausländern ab, weil wir finden, daß Deutsche kein Recht haben, Ausländer „zwangs-zu-germanisieren“, sondern ein genauso großes Recht auf Bewahrung der eigenen Identität haben, wie das deutsche Volk.

Wir fordern ein Heimführungsgesetz, welches die Ausgliederung der hier lebenden Ausländer aus dem Sozial-, Renten- und Arbeitslosenversicherungssystem beinhaltet und gleichzeitig den Ausländern neue Chancen eröffnet. Wenn ein Unternehmer einen Ausländer braucht, dann soll der diesen künftig auf seine Kosten privat versichern. Die bislang eingezahlten Beiträge werden ausgezahlt und sind eine Aufbauhilfe für den Ausländer, der heim geht, da diese nur in seinem Heimatland ausgezahlt werden.

Ein Arbeitsplatzsicherungsgesetz regelt, daß solange keine Arbeitsplätze an Ausländer vergeben werden dürfen, solange noch gleich qualifizierte Deutsche arbeitslos sind. Ein weiteres Gesetz regelt, daß Ausländer, die länger als drei Monate arbeitslos sind, ausgewiesen werden. Wir lieben z.B. die Chinesen in China und die Türken in der Türkei, wollen sie aber auf Dauer weder hier haben, noch integrieren, sondern in ihre angestammte Heimat zurückschicken.

Wir finden nicht, daß wir Deutsche eine Sonderrolle haben sollten, verlangen aber Gleichberechtigung und lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab, weil diese sowohl den Deutschen wie den Ausländern die eigene Identität nimmt.

Deutsche Politiker haben in erster Linie Politik zum Wohle des eigenen Volkes zu machen. Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit! Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben. Dann per Gesetz Ausländerheimwanderungsmaßnahmen einleiten. Jeder noch beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei, der besser als mit 1 Euro bezahlt wird.

Grenzen dicht für Lohndumping und Einfuhr billiger Waren. Soziale Ächtung der deutschen Betriebe, die Produktionsstätten in Deutschland schließen und selbige im Ausland eröffnen, statt diese steuerlich zu fördern, wie es derzeit der Fall ist.

Generell müssen Globalisierung und Freihandel zugunsten einer raumorientierten nationalen Volkswirtschaft aufgegeben werden. Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. Die Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen. Was Automation und Rationalisierung an Arbeit und Lohn nehmen, muß durch Mitbeteiligung am Gewinn der Wirtschaft wiedergegeben werden. Das alles ist nichts besonderes, sondern das ist eine inländerfreundliche Politik.

Ausblick und Zusammenfassung

Die Agenda 2010 mit Hartz-IV wird es uns leichter machen, den Bürgern zu erklären, daß die etablierte Politik auf der ganzen Linie versagt hat. Ich denke, daß die BRD wirtschaftlich bereits 1989 in der gleichen ausweglosen Lage gewesen ist, wie heute. Die unerwartete Teilvereinigung belebte damals die Wirtschaft. Die Menschen in der ehemaligen DDR hatten meist viel gespart, da sie sich dort für ihr Geld wenig anschaffen konnten und brachten es nun in den maroden Wirtschaftskreislauf ein. Der Kollaps kommt nun mit über zehn Jahren Verspätung um so härter. Obwohl selbst für Laien erkennbar die verfehlte Ausländerpolitik, die Globalisierung und die vergrößerte EU ständig für leere Kassen sorgen, fand keine politisch-ökonomische Gegensteuerung durch die Herrschenden statt.

Die etablierten Parteien sind sich zudem einig darin, den Sozialabbau voranzutreiben, statt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Alternative Programme und Visionen gibt es nur noch bei den an nationaler Politik ausgerichteten Parteien. Der Zuspruch wird somit stetig zunehmen. Der Weg in den Bundestag ist damit vorgezeichnet.

Gemeinsame Unterschriftensammlung gegen EU-Beitritt der Türkei

Nachdem NPD und DVU ankündigten, die CDU-Unterschriftenaktion der Frau Merkel gegen die Aufnahme der Türkei in die EU zu unterstützen, beschlossen beide Parteien eine eigene Unterschriftenaktion durchzuführen. Während die DVU bereits in der Nationalzeitung damit wirbt und mit der Sammlung begonnen hat, stellen wir heute die Kampagne vor und Sie können erste Unterschriftensammlungsblätter mit in Ihren Verband nehmen.

Der Versuch der Lügenbarone mit einer Unterschriftensammlung nationale Wählerstimmen durch Täuschung an die G-Parteien zu binden, ist kläglich in sich zusammengebrochen. Ausgerechnet die Politiker von CDU/CSU, die in der Vergangenheit immer wieder Grundgesetzänderungen ablehnten, die darauf abzielten, Volksbefragungen und Volksentscheide auf Bundesebene einzuführen, wollten mit dieser Aktion erst den Bürger wachrütteln und dann ins Leere laufen lassen. Wirklich wachrütteln wird allerdings das Original: Die Unterschriftenkampagne von NPD und DVU.

In der Unterschriftenaktion von NPD und DVU werden **zwei Gesichtspunkte** die Hauptrolle spielen:

Erstens die zu erwartende Massenzuwanderung von Türken. Die Bevölkerungszahl der Türkei hat sich im Zeitraum von 1927 (14 Millionen Einwohner) bis 2002 (65,3 Millionen Einwohner) nahezu verfünffacht. Für das Jahr 2050 prognostiziert das Staatliche Institut für Statistik der Türkei eine Einwohnerzahl von 95 Millionen. Mehr als die Hälfte der Bevöl-

kerung Istanbuls lebt in „Gecekondus“, über Nacht illegal errichteten Bauten, und wartet auf ihre Chance. Das „Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung“ hat daher für den Fall einer EU-Mitgliedschaft der Türkei gewarnt: „Es entsteht ein enormes Potential an unqualifizierten Migranten.“

Zweitens die finanziellen Belastungen, die auf Deutschland zukommen. Selbst nach der Verheugen-Studie würde die EU die Aufnahme der Türkei insgesamt zwischen 17 und 28 Milliarden Euro netto im Jahr kosten. Von Neben- und Folgekosten ganz zu schweigen.

Deutschland, das schon jetzt den größten Teil der im Ausland lebenden Türken beherbergt, wäre dann nicht mehr wiederzuerkennen. Das wollen NPD und DVU verhindern.

Geografisch gehört Rußland bis zum Ural zweifelsfrei zu Europa. Die Türkei und Israel nicht. Nach unserer Ansicht werden die Volkswirtschaften der EU nicht in der Lage sein, die auf Dauer notwendige Angleichung, sprich Harmonisierung, der neuen zehn Beitrittsländer der EU-Osterweiterung verkraften zu können. Die Möglichkeit weitere raumfremde Länder auch noch in die EU aufzunehmen, stellt sich somit schon aus ökonomischer Sicht weder mittel- noch langfristig. Die Türkei gehört geographisch nur zu 3 Prozent zu Europa. Bevölkerungsmäßig gehört sie auf keinen Fall zum christlich-abendländisch geprägten Europa. Die historisch guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Völkern des Orients werden derzeit aufs Spiel gesetzt. Wir wollen weder ein EU-Europa, noch einen Beitritt der Türkei zu diesem Modell des amerikanischen Wirtschaftsimperialisismus.

Am Ende einer notwendigen europäischen Neuordnung wird auch die Möglichkeit bestehen, mit bilateralen Abkommen einen Interessensausgleich mit der Türkei zu finden, welches nicht die traditionell guten Beziehungen zwischen Deutschen und Türken in Frage stellt. Europa muß Bewahrer der Kulturen und Völker Europas und Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben. In Brüssel werden auf der Basis des Amsterdamer Vertrages Pläne zur weiteren Überfremdung Europas ausgearbeitet.

Die Zunahme des Ausländeranteils bedroht schon jetzt den Fortbestand vieler europäischer Völker. Europäische Ausländerpolitik hat dem Schutz der Völker Europas und damit der Abwehr weiterer Einwanderungsströme zu dienen und nicht der Bildung einer „Multi-kulturellen Gesellschaft“ Europas. Aus all diesen Gründen brauchen wir weder das EU-Europa noch den Beitritt der Türkei zu diesem.

Bündnispolitik

Aus den bisher gemachten Erfahrungen folgt, daß keine der derzeitigen nationalen Parteien in der BRD von sich aus in der Lage sein wird, wirksamen politischen Einfluß und gestalterische Macht zu entfalten.

Eine linke Volksfront bis hin zur CDU ist sich einig darin, nationale Politik mit ganzer Kraft zu bekämpfen. Gemeinsam haben diese Kräfte den Menschen in unserem Land den Glauben an eine bessere Zukunft genommen. Unverhohlen diskutieren sie bereits die kommende Zwei-Drittelgesellschaft. Sie haben den deutschen Sozialstaat zugrunde gerichtet, den deutschen Arbeiter schutzlos den global players ausgeliefert und der negativen demografischen Entwicklung nichts entgegengesetzt. Solche Politiker hat das deutsche Volk nicht verdient!

In dieser Stunde der Not gilt es zu zeigen, daß es politische Kräfte jenseits des herrschenden Lobbyismus gibt, die bereit sind, ihre persönlichen oder gruppenegoistischen Interessen zum Wohle des Ganzen zurückzustellen. NPD und DVU haben den Anfang gemacht.

Unsere NPD hat nun als Partei mit einer Fraktion im sächsischen Landtag eine neue Bedeutung erlangt. Viel von dem was wir jetzt und künftig sagen und schreiben werden, wird nun auf die Goldwaage gelegt werden. Die etablierten Politiker haben in der Vergangenheit immer wieder die politische Auseinandersetzung gefordert. Wir tun das heute mit Nachdruck auch. Wir wollen diese und brauchen Sie nicht zu fürchten. Ich bin gespannt, wann die selbsternannten Gralshüter der „Demokratie“ damit beginnen werden.

Die NPD tritt im Februar 2005 zu den Landtagswahlen in Schleswig Holstein als einzige nationale Kraft an. Mit dem Überspringen der Fünf-Prozent-Sperrklausel werden wir die angebliche Einzigartigkeit eines Erfolges in Mitteleuropa widerlegen. Gerade zu Beginn des Jahres, wenn die ALG-II-Empfänger ihre Bescheide erhalten, werden wir da sein um zu zeigen, daß es auch anders gehen würde, wenn in Deutschland deutsches Geld für deutsche Aufgaben eingesetzt und verantwortungsvolle Politik für das eigene Volk betrieben würde. Wenn wir nach den vier Prozent im Saarland mit sechs bis acht Prozent in den Kieler Landtag, in einem westlichen Bundesland einziehen, ist der Einzug in den Bundestag wahrscheinlich.

Mit dem Leipziger Appell und der Zusammenarbeit mit allen gutwilligen nationalen Kräften haben wir die Grundlage für eine deutsche Volksfront geschaffen. Die Wahlabsprachen mit der DVU haben uns bereits in zwei Landtage gebracht. Zum morgigen Sonntag habe ich für den Fall meiner Wiederwahl den Vorsitzenden der DVU, Herrn Dr. Gerhard Frey eingeladen. Er wird dann die angestrebte Bündnispolitik und unsere Planung in einer gemeinsamen Pressekonferenz bestätigen.

Es wird eine absolut gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit geben. Beide Parteien werden weiterhin bestehen bleiben und künftig Wahlabsprachen bzw. gemeinsame Listen oder Listenverbindungen dort anstreben, wo dies wahlrechtlich möglich ist. Die rechtlichen Prüfungen dauern noch an und werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Wir haben uns bereits jetzt im Grundsatz darauf verständigt und die Zustimmung unserer Vorstände eingeholt, daß zur Bundestagswahl 2006 der Listenführer die NPD sein wird, Dr. Frey und weiter zu benennende Führungskräfte der DVU sind dann bereit auf den NPD-Listen zu kandidieren. Umgekehrt wird dann die DVU zur Europawahl 2009 der Listenführer mit Kandidaten der NPD auf der DVU-Liste sein.

Über die zwischenzeitlich stattfindenden Landtagswahlen wird eine ähnliche Übereinkunft angestrebt. Nach rechtlichen Klärungen müssen dazu aber noch Gespräche mit den einzelnen Landesverbänden geführt werden und der Vorstand, den Sie heute wählen, muß dieser Regelung dann zustimmen. Auf einem Führungstreffen mit den Landesvorsitzenden Anfang Dezember wird dann eine gemeinsame Planung erarbeitet.

Der entscheidende politische Umbruch hat bereits begonnen und ich denke, daß nur wir uns selbst von den längst überfälligen politischen Erfolgen abhalten können. Es sind nicht die uns seit Jahrzehnten bekannten gebetsmühlenartig stattfindenden Diffamierungskampagnen der politischen Gegner oder der Systemmedien, welche uns ernstlich aufhalten können, sondern der Feind im Innern. Ich spreche hier nicht gegen sachliche und konstruktive Kritik, sondern gegen Destruktivität, Fatalismus und persönliche Hetze, welche unnützen Streit und Mißgunst in unsere Reihen tragen.

Wenn es noch V-Leute bei uns gibt, dann kenne ich bereits jetzt deren künftigen Auftrag, Neid zu säen und Mißgunst zu schüren, damit wir uns mit uns selbst beschäftigen. Davor

müssen wir uns in Acht nehmen! Eine erkannte Gefahr ist nur noch eine halbe Gefahr und ich bin zuversichtlich, daß wir Nationaldemokraten diesen Herrschaften künftig nicht mehr so leicht auf den Leim gehen werden.

Ich sah es heute als meine Pflicht an, Ihnen die Positionen und grundsätzlichen Überlegungen der Führung mitzuteilen, damit Sie dann über den weiteren Kurs der Partei entscheiden können. Mit unserer Bündnispolitik haben wir den gordischen Knoten durchschlagen. Jetzt muß die Parole heißen: „Gemeinsam für unser Vaterland“. Das bedingt Vertrauen unter uns und zu dem gleichberechtigten Partner, der DVU.

Die soziale und die nationale Frage sind untrennbar miteinander verbunden. Zeigen wir auf dem Parteitag die Einigkeit und Geschlossenheit, die man von einer neuen Kraft, die Ordnung schafft erwartet.

Die Nachkriegszeit muß ein für allemal beendet werden. Deutschland braucht nationale Politiker, die sich dem Volk gegenüber verpflichtet fühlen und nicht ihrem Geldbeutel. Unterstützen Sie den begonnenen Aufbruch in Deutschland. Stellen Sie heute die Weichen für eine Politik, die unser heutiges Parteitagsmotto treffend beschreibt, für:

Arbeit – Familie – Vaterland !

Leinefelde, den 30. Oktober 04

Dipl.sc.pol. Udo Voigt